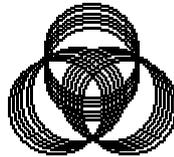


Hamburger Informationen

Zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik



Ausgabe 31/2000

Hamburg, November 2000

Dieter S. Lutz

Deutsche und Tschechen gemeinsam im Kosovo - welche Lehren?

Vortrag im Rahmen der Jahreskonferenz des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums "Europäische Sicherheit als gemeinsames Anliegen Tschechiens und Deutschlands" in Hamburg am 25./26. November 2000

1. Vorbemerkung

Wenn sich Deutsche und Tschechen trotz der sie belastenden historischen Hypothek - oder besser ausgedrückt: gerade deshalb - *gemeinsam* im Kosovo engagieren, so ist dies nach meiner festen Überzeugung ein Zeichen dafür, dass beide Völker ihre historische Verantwortung für Frieden und Wohlfahrt in Europa kennen, ihre Lehren aus selbst ausgeübtem Unrecht ebenso wie aus selbst erfahrenem Leid positiv gezogen haben und ihre beiderseitigen Beziehungen zukunftsgerichtet nicht nur zum Wohle von Deutschen und Tschechen, sondern aller europäischen Nachbarn gestalten wollen.¹

Diese uneingeschränkt positive Einschätzung des Verhältnisses von Deutschen und Tschechen meinem Vortrag voranzustellen, ist mir wichtig - zum einen, weil mir aus persönlichen Gründen das deutsch-tschechische Verhältnis in besonderer Weise am Herzen liegt;

zum anderen aber auch, weil das, was ich im folgenden sagen will, kritisch ist, ja sein muss.

2. Der Friede als Ernstfall

Damit komme ich zum Vortragsthema im engeren Sinne: "Deutsche und Tschechen gemeinsam im Kosovo - welche Lehren?" Ich beginne mit einigen Zitaten der beiden Staatsoberhäupter unserer Länder: Vaclav Havel und Johannes Rau.

Welchen Stellenwert Bundespräsident Johannes Rau dem Thema "Frieden" beimisst, wird bereits in seiner ersten Ansprache nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten in der Gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1999 in Berlin deutlich. In klaren Worten bedauert Rau dort zunächst, dass Krieg auch zehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch immer - oder wieder - "Mittel der Politik" sei:

¹ Ähnlich auch der Namensartikel von Staatsminister Verheugen zu den deutsch-tschechischen Beziehungen in der tschechischen Zeitung Zapadoceske Noviny, März 1999.

"Zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und nach dem Fall der Mauer sind

wir noch immer auf der Suche nach einer neuen Ordnung, in Europa und weltweit. Es gibt die beiden Militärblöcke nicht mehr, die sich feindlich gegenüberstanden. Wir haben aber noch nicht die gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung schaffen können, die notwendig wäre, damit Krieg jedenfalls in Europa kein Mittel der Politik mehr ist. Von einer neuen Weltfriedensordnung, die das Leitbild der globalen nachhaltigen Entwicklung aufnimmt, sind wir noch weit entfernt."² (Hervorheb. - DSL)

Und dann kommt Rau auf die "wichtigste Lehre" zu sprechen, die er aus dem Kosovo-Krieg zieht:

*"Für mich lautet die wichtigste Lehre: Wir müssen durch vorbeugende Politik die falsche Alternative zu vermeiden suchen, dass wir Schuld auf uns laden durch Wegschauen oder dass wir Schuld auf uns laden durch den Einsatz militärischer Mittel, der auch völlig Unschuldige trifft."*³ (Hervorheb. - DSL)

Diese Aussage des Bundespräsidenten bzw. die von ihm benannte "wichtigste Lehre" steht - zumindest auf den ersten Blick - im Widerspruch zu Äußerungen des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel. Am 21. Juni 1999, also wenige Tage vor Rau, sagte Havel u.a.:

"Es ist absoluter Unsinn, die Bombardierung als ein Übel zu kritisieren, mit der man ein anderes Übel, nämlich die ethnische Säuberung, bekämpft. Leider sind die Welt und die Menschen so beschaffen, dass Übel mit Feuer und Schwert bekämpft werden muß - Übel muß man mit Gewalt begegnen. Deshalb haben alle Länder außer Costa Rica Armeen. So geht es zu auf der Welt. In diesem Fall aber begegnete man einem großen Übel mit dem relativ geringsten aller Übel. Nicht ein einziger der Kritiker hatte eine bessere Lösung anzubieten, außer der eines Tschechen,

*der sagte: 'Laßt sie sich doch alle gegenseitig umbringen, und wir sollten das gar nicht zur Kenntnis nehmen'."*⁴

Was Havel sagt, heißt im Klartext: Wir müssen Abschied nehmen von der Vorstellung, dass Menschen auf Dauer friedlich sind. Sie entspricht nicht der Realität. Und in der Tat finden sich mit Blick auf eben die Realität Belege für die Unfriedlichkeit der Menschen zuhauf - auch und gerade für die Zeit nach 1989/90: in Tschetschenien, Bosnien, Georgien, Moldau, in Somalia, Ruanda, im Sudan und andernorts, darunter auch und gerade im Kosovo. Das Übel - so die Schlussfolgerung Havels - muss deshalb auch mit Mitteln der Gewalt bekämpft werden.

Wird Rau also durch Havel, ja durch die Realität selbst widerlegt? Ich bin mir sicher, dass Rau zustimmen würde, wenn Havel als "fundamentales Prinzip menschlicher Solidarität" immer wieder den Satz zitiert:

*"If anybody is being hurt, I am being hurt."*⁵

Oder an anderer Stelle noch deutlicher:

*"Wer Albaner tötet, tötet auch mich."*⁶

Und auch der nüchterne Realismus von Havel ist Rau nicht wirklich fremd. In seiner Rede auf dem IX. Internationalen Kant-Kongress am 30. März 2000 in Berlin sagt Rau zum Beispiel:

*"Kant war skeptisch im Hinblick auf das menschliche Streben, von sich aus das Gute zu tun. Sie alle kennen den berühmten Satz, in dem sich diese Skepsis bildlich ausdrückt: 'Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz gerades gezimmert werden. Nur die Annäherung zu dieser Idee ist uns von der Natur auferlegt'."*⁷

2 Rau, Johannes, Antrittsrede nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten bei der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat, Bonn, 1. Juli 1999, in: Ders., Friede als Ernstfall, Reden und Beiträge des Bundespräsidenten. Hrsg. von Dieter S. Lutz, Baden-Baden 2001, S. 215-228, hier: S. 220.

3 Ebenda, S. 221.

4 Eigene Übersetzung - Original im Englischen: Havel - The Peoples of the Balkans Must Decide Their Own Fate, in: RFE/RL Newline, Ausgabe vom 22. Juni 1999, S. 1.

5 Vaclav Havel: A Sense of Solidarity with Kosovo, in: International Herald Tribune vom 19. April 1999, S. 8.

6 Zitiert nach: Schmidt, Hans-Jörg, Havel attackiert NATO-Kritiker, in: Die Welt vom 14. April 1999.

7 Rau, Johannes, Rede auf dem IX. Internationalen Kant-Kongress, Berlin, 30. März 2000, in: Rau, a.a.O. (Anm. 2), S. 56-65, hier: S. 61.

Wie Havel und andere auch ist Rau deshalb im Kosovo-Krieg ebenfalls "mit zerrissenem Herzen" der Ansicht, "nicht tatenlos zusehen" zu dürfen, "wenn mitten in Europa Terror und Vertreibung Platz greifen. In einem solchen *extremen Ausnahmefall* ist auch der Einsatz militärischer Gewalt gerechtfertigt."⁸ (Hervorheb. -DSL)

Ist Rau letztlich also doch der Meinung von Havel? Der Unterschied in den Aussagen von Rau und Havel liegt meines Erachtens in der Betonung des "extremen Ausnahmefalls". Denn selbst wenn Havel Recht hat und Menschen auf Dauer nicht *friedlich* sind, so können sie bzw. ihre Politiker und Politikerinnen doch *friedensfähig* sein, das heißt fähig, vorbeugende Vernunft mit der Kunst des Möglichen zu verbinden.⁹ Krieg und Frieden sind deshalb für Rau ebenso wenig natürliche Alternativen, wie Krieg nicht wirklich eine normale Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Vornehmste Aufgabe von Politik ist es vielmehr, Krieg zu verhüten, nicht ihn zu führen. Situationen, die als Alternativen nur die Übel zulassen, Schuld auf sich zu laden oder Unschuldige durch den Einsatz militärischer Mittel zu töten, darf es deshalb nicht geben. Treten sie ein, hat die Politik versagt.

Nicht der Krieg ist also der Ernstfall, in dem sich die Politik zu bewähren hat, sondern der Frieden. Mit dieser Überlegung stellt sich Bundespräsident Johannes Rau nachdrücklich in die Tradition seines Amtsvorgängers Gustav Heinemann.¹⁰ In seiner Ansprache am 6. Januar 2000 anlässlich der Eröffnung des OSZE-Forschungszentrums am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) greift

Rau das Erbe Heinemanns auch *expressis verbis* auf:

*"Nicht der Krieg ist der Ernstfall ...! Dieser Satz Heinemanns steht gegen europäische Geistesgeschichte. Er steht gegen Heraklit. Er steht gegen Schiller. 'Nicht der Krieg ist der Ernstfall, der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben, weil es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt.' Gustav Heinemann hat das 1964 gesagt ... (Heute) gilt Gustav Heinemanns Satz 'Der Friede ist der Ernstfall' in einem noch viel umfassenderen Sinne als vor 36 Jahren: Damals, als Heinemann diesen Satz sprach, ging es um eine negativ definierbare und definierte Aufgabe, es galt zu verhindern, dass der Kalte Krieg in einen heißen eskalierte. Heute steht in Europa die positiv definierte Aufgabe der Friedensgestaltung auf der Tagesordnung. Heute ist der Friede zum Ernstfall geworden."*¹¹

Der Friede ist der Ernstfall! Dies ist die Lehre, die Deutsche und Tschechen aus dem Kosovo-Krieg ziehen sollten. Ich jedenfalls teile sie uneingeschränkt. Was das als "positiv definierte Aufgabe der Friedensgestaltung" - wie Rau formuliert - in concreto heißt, müssen wir gemeinsam diskutieren. Vielleicht können wir als eines der Ergebnisse dieser Tagung auch eine deutsch-tschechische Studiengruppe einrichten, die entsprechende Vorschläge erarbeitet. Das Friedensforschungsinstitut in Hamburg würde dies jedenfalls sehr begrüßen und auch unterstützen.

Nach den Lehren aus dem Kosovo-Krieg gefragt, will ich mit diesem - wie ich meine - konstruktiven und positiven Vorschlag mein Referat beenden. Ich will aber noch kurz auf die Frage eingehen:

3. *War der Kosovo-Krieg wirklich unvermeidbar? Das Holbrooke-Milosevic-Abkommen Oktober 1998 bis März 1999*

8 Rau, a.a.O (Anm. 2), S. 221.

9 Zur Frage der Friedensfähigkeit vgl. auch: Lutz, Dieter S., Krieg - auf immer und ewig?, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 24/1998.

10 Heinemann, der entschiedener Gegner der Wiederbewaffnung war, sah sich selbst nie als Pazifist. "Der Friede und seine Erhaltung" war für ihn gleichwohl "die erste Aufgabe, ja der eigentliche 'Ernstfall' der Politik" - vgl.: Rau, Johannes, Zum 100. Geburtstag von Gustav Heinemann, 23. Juli 1999, in: Rau, a.a.O. (Anm. 2), S. 41-43, hier: S. 41.

11 Rau, Johannes, "Der Friede ist der Ernstfall. Der Beitrag der OSZE zu einer Friedens- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert". Ansprache anlässlich der Eröffnung des OSZE-Forschungszentrums am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg, 6. Januar 2000, in: Rau, a.a.O. (Anm. 2), S. 229-234, hier: S. 229, 231.

und die einseitige Parteinahme der NATO

Die Überlegungen, die Rau zu dem Ergebnis führen, dass nicht der Krieg, sondern der Frieden der Ernstfall ist, finden ihren Ausgang im Kosovo-Konflikt. In ihm galt es - vermeintlich - zwischen zwei Übeln zu wählen. "Schweren Herzens" entschieden sich deshalb Rau und Havel und mit ihnen viele Deutsche und Tschechen für den "extremen Ausnahmefall". Aber hat es sich beim Kosovo-Krieg wirklich um einen "extremen Ausnahmefall" gehandelt oder eben doch nur um ein "Versagen der Politik". Oder anders gefragt: War der Kosovo-Krieg wirklich unvermeidbar?

Das Bild vom Kosovo-Konflikt in der deutschen und vermutlich auch in der tschechischen öffentlichen Meinung ist vor allem durch die jugoslawische Unterdrückungspolitik seit 1989 und durch die Verbrechen an den Kosovo-Albanern nach dem Beginn der NATO-Luftangriffe im März 1999 geprägt. "Aus dieser Perspektive heraus wird der Belgrader Führung die alleinige Schuld am Krieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zugewiesen. Die Entwicklung erscheint als eine kontinuierliche Abfolge einseitig von der jugoslawischen Seite ausgehender Gewalt und verbrecherischer Handlungen, die geradezu zwangsläufig zum Eingreifen der NATO führen mussten, um noch Schlimmeres zu verhindern."¹² Dieses Bild stimmt nicht in jedem Fall. Immer wieder gab es in den vergangenen Jahren Zeiten, in denen Friedenschancen bestanden und nicht genutzt wurden. Dies gilt insbesondere für den Herbst 1998.

Entscheidungen über Leben und Tod, sprich: Krieg als eben den "extremen Ausnahmefall" verlangen aber zweifelsfreie Gewissheit. Sind Zweifel da, kann und darf die Entscheidung nicht für Krieg zu Lasten einer Seite lauten. Moral und Recht verbieten eine solche Entscheidung gleichermaßen.

Gab es also im März 1999 zum Angriffsbefehl der NATO zweifelsfrei "keinen anderen

Ausweg", wie der tschechische Staatspräsident Havel wörtlich sagte?¹³ Gab es im Kosovo-Fall also wirklich zweifelsfrei "nie eine Alternative" zum Krieg - wie der deutsche Außenminister Fischer in einem Spiegel-Gespräch formulierte -, "selbst für die nicht, die diesen Krieg heftig kritisiert haben ..."¹⁴ Oder war der Einsatz militärischer Mittel der NATO am 24. März 1999 eben doch vermeidbar?

Folgt man Äußerungen zur Kosovo-Befreiungsbewegung UCK, wie derjenigen des vormaligen Generals Naumann, dem zweithöchsten NATO-General während des Krieges, so sind Zweifel an der Unvermeidbarkeit des Lufteinsatzes der NATO einerseits und an der einseitigen Parteinahme zu Lasten Serbiens andererseits mehr als berechtigt:

"Die UCK spielte im Grunde eine Rolle, die uns den Erfolg des Herbstes 1998 kaputtgemacht hat. Sie stießen in das Vakuum, das der Abzug der Serben hinterlassen hat, nach und breiteten sich in einer Weise aus, die vermutlich niemand in irgendeinem unserer Staaten akzeptiert hätte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß in Deutschland akzeptiert würde, wenn da irgendjemand, der meint sich gegen den Staat auflehnen zu können, Straßensperren und Grenzposten errichtet, anfängt, Uniformen zu tragen, Waffen zu schwenken. Wir würden das auch nicht tolerieren. Den Fehler hat die UCK gemacht, daß sie das Vakuum füllte und dabei auch nicht zimperlich mit den Serben umging. Also ist es verkehrt, die UCK in irgendeiner Weise für qualifiziert zu halten, sie könnte in der Liga der Engel mitspielen."¹⁵

Auf was sich General Naumann mit seiner Äußerung bezieht, ist der Zeitraum vom Herbst 1998 und insbesondere das Milosevic-Holbrooke-Abkommen vom Oktober 1998.

Erinnern wir uns: Mitte Oktober 1998 schlossen der US-Unterhändler Holbrooke und der jugoslawische Staatspräsident Milosevic ein

¹² Loquai, Heinz, Der Kosovo-Konflikt -Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, S. 11.

¹³ Zitiert nach Radio Praha (<http://www.radio.cz/nato/deutsch16.html>).

¹⁴ Der Spiegel 25/1999, S. 34, 35.

¹⁵ Naumann, Klaus, in: Chronik eines angekündigten Krieges, ZDF, 21. September 1999, 22.55 Uhr.

sevic ein Abkommen, das die Überwachung der Einhaltung der UN-Resolutionen Nr. 1160 und 1199 und deren dort angeführter Forderungen, nämlich Waffenstillstand, Abzug der Militärs und Paramilitärs, Flüchtlingsrückkehr und Wahlen unter der Überwachung von insgesamt 2000 OSZE-Beobachtern ermöglichen sollten.

Vierzehn Tage nach Abschluss eben dieser Vereinbarung ist NATO-Generalsekretär Solana am 27. Oktober 1998 mit folgender positiver Einschätzung der Lage im Kosovo an die Öffentlichkeit gegangen:

"Erfreulicherweise kann ich nun berichten, daß in den letzten 24 Stunden mehr als 4000 Angehörige der Sonderpolizei aus dem Kosovo abgezogen worden sind ... Die Sicherheitskräfte werden auf den Umfang abgebaut, den sie vor dem Ausbruch der jetzigen Krise hatten.

*Die Kosovo-Albaner müssen die Resolutionen der Vereinten Nationen ebenfalls einhalten ... Ich fordere die bewaffneten Gruppen der Kosovo-Albaner auf, den von ihnen erklärten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten."*¹⁶

Während also Milosevic offensichtlich seinen Teil der Vereinbarung, nämlich den Abzug von Truppen und Polizei, erfüllte, kann das gleiche bedauerlicherweise nicht von der OSZE und der UCK gesagt werden. Insbesondere die OSZE hatte augenscheinlich Schwierigkeiten, die zugesagten OSZE-Verifikateure für die Überwachung des Abkommens zu finden. Das europäische Sicherheitssystem sieht paradoxerweise vor, dass bis zu fünf Millionen Soldaten dauerhaft vorgehalten werden, nicht aber, dass Geld und dass Personal für zivile Prävention bereitstehen. Auch soll sich der bestellte Leiter der OSZE-Mission, William Walker, - mit oder ohne Absicht - anfangs über Gebühr Zeit gelassen haben. Die UCK nutzte die Gelegenheit, um weite Teile des Landes zu besetzen, wie es auch im Zitat Solanas zum Ausdruck kommt ("Ich fordere die bewaffneten Gruppen der Kosovo-Albaner auf ..."). Im übrigen besetz-

te die UCK das Land, nicht ohne selbst wiederum Gräueltaten zu verüben. Das böse Wort "Nun knipsen wir die Serben aus" kursierte zu jener Zeit.

Diese knappe Lagebeschreibung wird bestätigt durch eine Lageanalyse des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1999. In der internen Vorlage, die wenige Tage vor Beginn des NATO-Bombardements am 24. März gefertigt und an den Außenminister ebenso wie an das Bundeskanzleramt und das Bundesverteidigungsministerium weitergereicht wurde, heißt es:

"Der Waffenstillstand wird von beiden Seiten nicht mehr eingehalten ... Im Rahmen von lokalen Operationen der jugoslawischen Armee (VJ) gegen die UCK kam es in den letzten Tagen auch wiederholt zu vorsätzlichem Beschuß von Dörfern. Stets wurde zuvor die Bevölkerung zum Verlassen der Ortschaften aufgefordert, was diese auch tat ...

UNHCR und KVM berichten übereinstimmend über eine systematische Vorgehensweise der VJ bei der Zerstörung von Dörfern mit dem Ziel, durch gezielte Geländebereinigung sämtliche Rückzugsmöglichkeiten für die UCK zu beseitigen ... Die Zivilbevölkerung wird, im Gegensatz zum letzten Jahr, in der Regel vor einem drohenden Angriff durch die VJ gewarnt. Allerdings ist laut KVM die Evakuierung der Zivilbevölkerung vereinzelt durch lokale UCK-Kommandeure unterbunden worden. Nach Beobachtungen des UNHCR ebnet die VJ die Dörfer entgegen der Vorgehensweise im letzten Jahr nicht völlig ein und zieht ihre Kräfte nach Beendigung der Aktionen rasch wieder ab. Nach Abzug der serbischen Sicherheitskräfte kehrt die Bevölkerung meist in die Ortschaften zurück. UNHCR schätzt, daß bisher lediglich etwa 2000 Flüchtlinge im Freien übernachten müssen. Noch ist keine Massenflucht in die Wälder zu beobachten.

Von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo sind alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen. Etwa 90 vormals von Serben bewohnte Dörfer sind inzwischen verlassen. Von den einst 14.000

¹⁶ Solana, Javier, Presseerklärung, in: NATO-Brief 4/1998, S. 12.

serbisch-stämmigen Kroaten leben nur noch 7000 im Kosovo.

Anders als im Herbst/Frühwinter 1998 droht derzeit keine Versorgungskatastrophe."¹⁷

Wer beim Durchlesen der Lageanalyse des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1999 seinen Augen nicht traut und das Gelesene nicht glauben will, wird spätestens dann eines Besseren belehrt, wenn er (oder sie) auch noch den vertraulichen Lage-Bericht der Nachrichtenoffiziere des Verteidigungsministeriums vom "23. März, 15.00 Uhr" in Händen hält. In diesem Bericht, erstellt einen halben Tag vor Kriegsbeginn, heißt es u.a.:

*"Das Anlaufen einer koordinierten Großoffensive der serbisch-jugoslawischen Kräfte gegen die UCK im Kosovo kann bislang nicht bestätigt werden. Zu einer großangelegten Operation gegen die UCK im gesamten Kosovo sind die serbisch-jugoslawischen Kräfte derzeit noch nicht fähig. Hierzu wäre eine umfangreiche Verstärkung bei den Infanteriekräften erforderlich. ... Die UCK ihrerseits wird wahrscheinlich weiter versuchen, durch die bekannten Hit-And-Run Aktionen die serbisch-jugoslawischen Kräfte zu massiven Reaktionen zu provozieren in der Hoffnung, dass diese in ihren Ergebnissen hinsichtlich Zerstörungen und Flüchtlingen ein Ausmaß annehmen, das sofortige Luftschläge der NATO heraufbeschwört."*¹⁸

Wer diese Berichte das erste Mal liest, ist zweifelsohne äußerst erstaunt. Zum Beispiel über die Information, dass die Albaner von den serbischen Streitkräften vorab gewarnt wurden und dann auch wieder in die Dörfer zurückkehren konnten. Diese Information passt so gar nicht in das Bild des bislang Gehörten. Er ist ferner überrascht darüber, dass von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen sein sollen - sind wir doch bisher davon ausgegangen,

die Leidtragenden und Opfer seien die Albaner und zwar ausschließlich die Albaner. Mit großer Bestürzung liest man auch, dass "lokale UCK-Kommandeure die Evakuierung der Zivilbevölkerung unterbunden" haben. Der nächste Gedanke ist: Warum ist der Öffentlichkeit dies alles bislang unbekannt? Und schließlich noch, dass das soeben Gelesene doch wohl eher die Lagebeschreibung eines Bürgerkrieges oder eines bürgerkriegsähnlichen Geschehens ist, mit all den einhergehenden Grausamkeiten und Verbrechen, nicht aber ein Bericht, der es rechtfertigt, von Völkermord, Auschwitz, Konzentrationslagern, ethnischer Säuberung und systematischer Vertreibung zu sprechen.

Mit diesen Überlegungen sollen, ja dürfen die Verbrechen der Serben an den Kosovo-Albanern in der Zeit vor dem Holbrooke-Milosevic-Abkommen, also bis zum Oktober 1998, und nach dem Beginn der NATO-Luftangriffe, also nach dem 24. März 1999, keinesfalls verniedlicht oder entschuldigt werden. Im Gegenteil! Gewaltverbrechen sollten zwingend strafrechtlich verfolgt werden, sei es im Rahmen nationalstaatlicher Verfahren, sei es von einem internationalen Gerichtshof.

Wenn und solange aber die internationale Staatengemeinschaft, internationale Organisationen oder einzelne Staaten aus den unterschiedlichsten Gründen bereit sind, mit vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsbrechern Verträge und Vereinbarungen zu schließen - das Dayton-Abkommen oder das Holbrooke-Milosevic-Abkommen sind ebenso Beispiele hierfür wie die entsprechenden Vereinbarungen mit Saddam Hussein - so sind danach alle Vertragspartner gleichermaßen verpflichtet, die Vereinbarungen auch einzuhalten. Welchen Sinn sollten solche Verträge sonst machen? Die einseitige Parteinahme zu Lasten eines Vertragspartners bzw. dessen Bevölkerung unter Verweis auf das Geschehen aus der Zeit davor ist nach Abschluss der Vereinbarung jedenfalls nicht mehr möglich - weder politisch noch rechtlich und schon gar nicht moralisch. Die Parteinahme zugunsten einer Seite wider besseres Wissen und in Folge der Krieg zu Lasten

17 Lageanalyse des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1999 zur humanitären Situation im Kosovo, abgedruckt in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1999, S. 211.

18 FüS II, Zusammenfassung der Lageentwicklung im ehemaligen Jugoslawien. Politische und militärische Lage (Stand 23.03.1999, 15.00 Uhr).

immer auch Unschuldiger sind aber nicht nur unzulässig. Im Gegenteil: Erwartet und verlangt werden muss sogar, dass die mögliche Garantiemacht - in diesem Fall die NATO - bei entsprechender Vertragsverletzung der bisherigen "Opfer" zu Gunsten des vormaligen Rechtsbrechers interveniert.

Mit den Zweifeln, die in diesen Überlegungen zum Ausdruck kommen, schließt sich der Kreis. Nochmals: Krieg ist die ultima ratio, der extreme Ausnahmefall. Entscheidungen über Krieg und Frieden verlangen deshalb zweifelsfreie Gewissheit. Angriff und Verteidigung dürfen nicht zu Siegerdefinitionen verkommen. Sind Zweifel da, kann und darf die Entscheidung keinesfalls für Krieg lauten. Welches also sind - entgegen den Aussagen der zitierten Lageanalysen des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums - die zweifelsfreien Daten und Fakten, Informationen und Analysen, die am 24. März zwingend die Staaten der NATO unter Einschluss der Bundesrepublik zu Lasten eben auch Unschuldiger zu den drei Schlüssen haben kommen lassen, alle nicht-militärischen Möglichkeiten seien ausgeschöpft, ferner liege die Schuld für das Scheitern des Holbrooke-Milosevic-Abkommens allein bei Belgrad und drittens sei der Krieg der NATO unabwendbar notwendig - auch unter Inkaufnahme gerade jener Konsequenz, die er zu verhüten vorgibt: der "humanitären Katastrophe"?

Die Antwort gibt anderthalb Jahre nach den zitierten Lageanalysen der in dieser Woche verabschiedete Generalbericht der Parlamentarischen Versammlung der NATO. In diesem Bericht heißt es:

"Während die NATO-Staaten ein Massaker verhindern wollten und ansonsten an Stabilität in der Region interessiert waren und bestenfalls für eine Wiederherstellung der Autonomie des Kosovo eintraten, strebte die UCK eine Verschärfung der Notlage an, um die Bevölkerung zum Aufstand für die Unabhängigkeit zu bewegen.

So nutzte die UCK das Holbrooke-Milosevic-Abkommen als Atempause, um ihre Kräfte nach den Rückschlägen des Sommers zu ver-

stärken und neu zu gruppieren. Die serbischen Repressionen ließen unter dem Einfluß der KVM in der Zeit von Oktober bis Dezember 1998 nach. Dagegen fehlte es an effektiven Maßnahmen zur Eindämmung der UCK, die weiterhin in den USA und Westeuropa - insbesondere Deutschland und der Schweiz - Spenden sammeln, Rekruten werben und Waffen über die albanische Grenze schmuggeln konnte. So nahmen die Angriffe der UCK auf serbische Sicherheitskräfte und Zivilisten ab Dezember 1998 stark zu. Der Konflikt eskalierte neuerlich, um eine humanitäre Krise zu erzeugen, welche die NATO zur Intervention bewegen würde. Mit dem bis heute nicht restlos aufgeklärten, angeblichen Massaker von Racak entstand das Gefühl eines Handlungsbedarfs, das nach dem Scheitern der Rambouillet-Verhandlungen zu den von der UCK herbeigesehnten NATO-Luftangriffen führte."¹⁹

Wenn ich diesen Generalbericht richtig verstehe, so ist er nicht die Schilderung des "extremen Ausnahmefalls", von dem der deutsche Bundespräsident gesprochen hat, sondern das Eingeständnis des Versagens der Politiker. Schlimmer noch: Er ist das Geständnis einer sehenden Auges eingegangenen und damit beabsichtigten Fehlentscheidung zu Lasten Unschuldiger. Was bleibt, ist die Bestätigung der Lehre, die Heinemann und Rau auch ohne Kenntnis der angeführten Lage-Analysen gezogen haben: Nicht der Krieg, der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns zu bewähren haben.

Beide - Deutsche und Tschechen - haben nach meiner Auffassung diese Bewährung im Kosovo-Konflikt nicht bestanden.

Diese Einschätzung gilt sowohl für die Gesamtschau des Konfliktfalles als auch für eine Vielzahl von Detailfragen. Die Parallelen in Deutschland und Tschechien sind oftmals sogar verblüffend ähnlich. Genannt werden kann zum Beispiel die Abhängigkeit

19 Parlamentarische Versammlung der NATO, Politischer Ausschuss, Die Folgen des Kosovo-Konflikts und seine Auswirkungen auf Konfliktprävention und Krisenmanagement, Entwurf eines Generalberichts, Internationales Sekretariat, Oktober 2000, S.19, Ziff. 83 und 84.

von der Meinungsführerschaft des großen Bruders USA, konkret: Madame Albright. Erwähnt werden kann auch der naive Glaube unter den Politikern in beiden Ländern, der Kriegsspekul sei in wenigen Tagen, wenn nicht sogar Stunden vorüber. Lassen Sie mich dazu stellvertretend Radio Praha unmittelbar nach Kriegsbeginn zitieren:

"Für einiges Aufsehen auf Seiten der Kommentatoren sorgte Havels Voraussage, das Ende des Krieges in Jugoslawien stehe kurz bevor.

'Meiner Meinung und Abschätzung nach beginnt sich eine Lösung der Kosovo-Krise abzuzeichnen. Dabei muss dies keineswegs mehr eine Frage von Wochen, sondern wird eher eine von Tagen sein', sagte der Präsident. Er verwies dabei auf sein langes Telefonat, das er am Montag mit der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright geführt habe."²⁰

Und doch gibt es einen großen Unterschied zwischen beiden NATO-Partnern. Anders als in Deutschland, in dem abweichende Meinungen vor und während des Krieges kaum anzutreffen und auch nicht willkommen waren, gab es in Tschechien viel Skepsis, viel Diskussion und auch lautstark die andere Meinung - auch und gerade in der Politik: sei es in der Opposition, sei es sogar im Regierungslager. Ich erinnere stellvertretend an Äußerungen des Premierministers Milos Zeman und auch des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses und ODS-Chefs Vaclav Klaus.²¹ Auf diese Diskussion - mag sie im

Einzelfall auch lästig, ja sogar quälend gewesen sein²² - können unsere Gäste aus Tschechien zu Recht stolz sein. In Deutschland hat sie - obwohl mehrfach versprochen - bis heute nicht stattgefunden.

20 Zitiert nach Radio Praha (<http://www.radio.cz/nato/deutsch46.html>).

21 Vgl. a.a.O. (Anm. 13): "Ministerpräsident Zeman vertritt die Auffassung, daß der militärische Angriff der NATO die Position des Autokraten Milosevic stärken und auf keinen Fall schwächen werde. 'Einem Volk gegenüber, daß sich sowohl 1938 als auch 1968 auf unsere Seite gestellt hat und das nichts für den an dessen Spitze stehenden Autokraten kann, sind wir verpflichtet so vorzugehen, daß wir auf der einen Seite alle sich aus unserer NATO-Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen erfüllen, auf der anderen Seite aber nicht in die Rolle eines primitiven Höhlenmenschen schlüpfen, der der Meinung ist, alles werde durch die Bombardierungen gelöst', sagte Zeman weiter. Zutiefst enttäuscht von der militärischen Lösung der Krise im Kosovo zeigte sich der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses und ODS-Chef Vaclav Klaus. 'Eine gewaltsame Lösung kann niemals eine gute und

dauerhafte Lösung sein. Es ist notwendig, die Verletzung der Menschenrechte im Kosovo sehr ernst zu nehmen, auf der anderen Seite ist es aber ebenso notwendig bei der Anwendung von Gewalt auch den Schmerz und das Leid von schuldlosen Menschen zu sehen,' erklärte Klaus seinen Standpunkt.

Der UN-Menschenrechtsbeauftragte für Ex-Jugoslawien, der frühere tschechoslowakische Außenminister Jiri Dienstbier, sieht die Luftangriffe der NATO als falsches Druckmittel gegen den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic an. 'Ich war immer für den Einsatz von Bodentruppen, wenn es schon zu einer militärischen Lösung kommen mußte, denn es ist naiv zu glauben, daß Milosevic aufgrund der Bombardierungen zurückweicht,' sagte Dienstbier der tschechischen Tageszeitung 'Pravo' am Donnerstag."; vgl. ferner die Angaben in Anm. 6.

22 Stellvertretend der Direktor des Institute of International Relations Prague: Sedivy Jiri, The Kosovo Test. Are the Czechs out?, in: Newsbrief vom 1. Juni 1999; Nicht nur für die Kommunisten ist die NATO ein "militanter Verein". Kritik in der Tschechischen Republik an Luftangriffen auf Jugoslawien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. März 1999, S. 4; Zantovsky, Michael, Eine tschechische politische Farce; Seit 24. März regiert das Land Josef Schwejk, in: Prager Zeitung vom 24. Juni 1999, S. 4.

